

## **Rand oder Mitte?**

### **Politisch-theologische Anmerkungen zum Aufstieg der Rechten**

von Benedikt Kern und Julia Lis (ITP)

Erschienen in: *Christin und Sozialistin / Christ und Sozialist (CuS)*, Jahresausgabe 2024. <https://brsd.de/cus/>

Seit im Januar 2024 die Ergebnisse der Correctiv-Recherche öffentlich wurden, dass sich AfD-Mitglieder und andere rechte AkteurInnen bei einem Geheimgespräch Gedanken über die „Remigration“, also Deportation, von MigrantInnen und Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft, die vermeintlich die falsche Herkunft haben, machten, scheint der Antifaschismus salonfähig geworden zu sein. Die Demonstrationen gegen rechts, die in den Wochen danach in der ganzen Bundesrepublik aufflammten, richteten sich eindeutig gegen diese Pläne, thematisierten aber auch die Gegnerschaft zu rechten Gruppierungen und insbesondere zur AfD. Viele seit Jahren in der antirassistischen und antifaschistischen Arbeit engagierte Menschen zeigten sich begeistert von der Breite der Mobilisierungen, wie sie zuvor selten erreicht wurde. Auch in der politischen Öffentlichkeit ernteten die Demonstrationen breite Zustimmung, bis hin zu CDU-PolitikerInnen und dem Chef des Verfassungsschutzes wurden sie einhellig begrüßt und als starkes Zeichen für „unsere Demokratie“ gewertet.

Aber spricht diese breite Zustimmung für den Protest gegen rechts wirklich dafür, dass es um die Demokratie in der Bundesrepublik im Großen und Ganzen doch besser bestellt ist als von vielen besorgten Linken gedacht? Oder übersehen wir, wenn wir uns vor allem auf das Erstarken der extremen Rechte konzentrieren nicht besorgniserregende Entwicklungen, die von ganz anderen politischen Kräften ausgehen? Gilt es jetzt die Reihen zu schließen, Kompromisse einzugehen und gemeinsam vor allem gegen die extreme Rechte zu wirken? Oder brauchen wir nicht doch eine differenzierte Analyse unserer gegenwärtigen Situation, um Ansatzpunkte für politische Interventionen zu finden, auch wenn es schwer fällt, nicht in Aktionismus zu verfallen, während sich die politische Gesamtsituation global gesehen immer weiter zuspitzt?

Wir wollen versuchen den Aufstieg der Rechten und den Protest dagegen in die gegenwärtigen europäischen und globalen Entwicklungen und die gesellschaftliche Debatte einzuordnen. Außerdem wollen wir nach dem Beitrag der Kirchen fragen, die sich nun ebenfalls mit selten dagewesener Klarheit gegen die AfD und rechte AkteurInnen positionieren – eine Klarheit wie man sie vor wenigen Jahren etwa angesichts der Einladungen von AfD-PolitikerInnen als

ParteivertreterInnen zu Katholiken- und Kirchentagen noch vermissen konnte.<sup>1</sup> Aber auch hier wollen wir kritisch hinterfragen, ob das wirklich bedeutet, dass die Kirchen den Ernst der Situation, in der wir uns gerade befinden besser verstanden haben oder aber lediglich eine gesellschaftliche Entwicklung nachvollziehen, aber einmal mehr versäumen hier politisch-theologisch in einem Sinne in Erscheinung zu treten, der mehr wäre als die Verdoppelung jener Hoffnungslosigkeit<sup>2</sup>, die uns überall entgegenschlägt.

### **Apocalypse now?**

Dieser Hoffnungslosigkeit, die sich überall in unserer Welt breit zu machen scheint, zu widerstehen, könnte eine zentrale politische wie theologische Aufgabe von ChristInnen und SozialistInnen heute sein. Das klingt vielleicht manchem zunächst zu wenig politisch, so als sollten wir ChristInnen die Hände in den Schoß legen und einfach hoffend abwarten. So aber ist christliche Hoffnung gerade nicht gemeint. Vielmehr geht es hier um eine Hoffnung, die wir vielleicht von der biblischen Apokalyptik lernen können, anders nämlich als von vielen gedacht ist diese eben keine Katastrophenliteratur, die uns Bilder des Untergangs bedrohlich vor Augen führt und uns am Ende diese Untergangspanthasien gar noch genießen lässt. Vielmehr ist ihr Ziel in der Sprache der Bilder die herrschenden Verhältnisse als Katastrophe offenzulegen und deren notwendige, aber auch mögliche Unterbrechung einzufordern, die uns erst einen Neubeginn möglich machen könnte.

Auch unsere Gegenwart ist von solchen katastrophalen Normalverhältnissen geprägt. Wenn wir auf die Katastrophe, ob im Bereich des Klimas, des Krieges oder der sozialen Verhältnisse, immer nur als etwas erwarten, was aus der Zukunft kommt, so droht dies den Blick zu verstellen: Denn wir erleben doch schon jetzt längst die Klimakatastrophe, die Verarmung und soziale Verelendung, die nicht nur fern im globalen Süden stattfindet, und mit den Konflikten in der Ukraine und in Gaza vielleicht sogar mit neuem Bewusstsein auch kriegerische Gewalt und Militarisierung im Namen der Sicherheit.

Die beiden letztgenannten Konflikte sind beispielhaft für jene Neuordnungskriege, die die postkoloniale Weltordnung unter der Führung des Westens, bzw. in besonderer Weise der USA infrage stellen. Diese Infragestellung findet nicht im Zeichen einer alternativen Idee statt, die die

---

1 Zur damaligen Debatte vgl. unsere Erklärung für die Ausladung der AfD vom Katholikentag in Münster 2018: <https://www.feinschwarz.net/afd-ausladen-muensteraner-erklaerung-fuer-eine-mutige-kirche/> sowie Lis, Julia/ Collet, Jan Niklas/Taxacher, Gregor (Hg.): Rechte Normalisierung und politische Theologie. Eine Standortbestimmung, Regensburg 2021.

2 Bereits im federführend von Johann Baptist Metz verfassten Abschlussdokument der Würzburger Synode hieß es: „Die Welt““ braucht keine Verdoppelung ihrer Hoffnungslosigkeit durch Religion“ [https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/Synoden/gemeinsame\\_Synode/band1/synode.pdf](https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/Synoden/gemeinsame_Synode/band1/synode.pdf).

kapitalistische Wirtschafts- und Weltordnung herausfordern würde. Wohl aber entlarvt sie den westlichen Liberalismus, der als ideologische Begründung für die Vormachtstellung des Westens wie für den Kapitalismus erhalten musste, durch seine Heuchelei. Denn eine Vormachtstellung kann immer weniger glaubwürdig unter Verweis auf die Menschenrechte begründet werden, da dieser Konnex durch Auseinandersetzung um ökonomische und politische Einflussnahme zunehmend desavouiert ist. Um es deutlich zu sagen: so sehr die Unterstützung der Ukraine oder die Israels nach wie vor hierzulande menschenrechtlich und mit dem Verweis darauf, hier gelte es liberale Demokratien zu schützen, begründet werden, so wenig verfängt diese Argumentation heute noch in weiten Teilen des globalen Südens. Dies lässt sich etwa an der mangelnden Unterstützung für die westliche Position im Ukrainekrieg erkennen. Für viele AkteurInnen im globalen Süden gewinnt die Perspektive einer zunehmend multipolaren Weltordnung an Attraktivität. Dies bedeutet jedoch nicht automatisch, dass anti-westliche Tendenzen eine befreiende oder emanzipatorische Basis schaffen würden. Die neue globale Weltordnung bringt bislang nämlich keine wirklichen alternativen politischen oder ökonomischen Ideen hervor, sondern lediglich verschiedene Varianten einer kapitalistischen Modernisierung, in der Regierung immer mehr mit Verwaltung im Namen der ohnehin durch die Situation vorgegebenen Sachzwänge verschmilzt, wie wir das während der Corona-Pandemie besonders deutlich beobachten konnten. Nicht darin, wie uns politisch manchmal suggeriert wird, ist also die Katastrophe darin zu erblicken, dass der Westen seine Vormachtstellung die die Neuzeit geprägt hatte, nun langsam verlieren könnte. Die Katastrophe besteht vielmehr darin, dass ein politischer Ausweg aus dem gegenwärtigen Katastrophenzustand der Welt im Moment nicht als reale (Gegen-) Machtoption aufscheint.

### **Ist die AfD das Hauptproblem?**

Die liberale westliche Demokratie scheint aber nicht nur von ihren Rändern, sondern auch aus ihrer Mitte heraus infrage gestellt zu werden. In den USA hat mit Donald Trump nun ein Politiker die nicht wenig aussichtsreiche Chance zum zweiten Mal zum Präsidenten der Vereinigten Staaten zu werden, der offen mit den Standards einer liberalen öffentlichen Diskussionskultur bricht und sich auch aus Rechtsstaatlichkeit wenig zu machen scheint. Auch in vielen Ländern Europas ist eine Rechte im Vormarsch, die ihre Popularität aus ihrer Kritik an den „liberalen Eliten“ und deren Bezug auf Menschenrechte, Antidiskriminierung und Multikulturalität speist. Als ein Symptom der Verschärfung der Demokratiekrise wird auch hierzulande der sogenannte Rechtsruck viel diskutiert. Dabei ist auffällig, dass dieses Erstarren in der BRD vor allem als eine noch zu erwartende zukünftige Gefahr wahrgenommen wird, in

dem Sinne, dass es wirkmächtig würde, wenn die AfD an die Macht käme, bei einer nächsten Wahl. Meist ignoriert wird hingegen, dass viele Forderungen, die die AfD stellt, jetzt schon alltägliches Regierungshandeln sind. Bundeskanzler Scholz hat in *Der Spiegel* im Oktober 2023 deutlich unterstrichen: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben.“<sup>3</sup> Man kann sich fragen, worin der wesentliche Unterschied zur von der AfD propagierten Deportation und Remigration hier eigentlich liegt. Sollte nun jemand antworten, dass es doch nun einmal ein Unterschied sei, ob in dem einen Falle abgelehnte AsylbewerberInnen abgeschoben werden und in dem anderen deutsche StaatsbürgerInnen, deren Eltern oder Großeltern vielleicht keinen deutschen Pass seit der Geburt hatten, so wäre zu bedenken zu geben, dass die Bindung der Menschenrechte an die Staatsbürgerschaft ein Konzept ist, das deren postulierte Universalität einschränkt und letztlich negiert. Von Menschenrechten ist sinnvoll nur dann zu sprechen, wenn sie allen Menschen gelten – und ihnen nicht nur das nackte Überleben ermöglichen, sondern auch eine politische Existenz. Von dieser Einsicht, dass ein Recht auf Rechte für alle, auch für Geflüchtete und MigrantInnen gelten muss, ist die Politik aller Regierungsparteien meilenweit entfernt, auch schon heute, ganz ohne Zutun der AfD. Die gegenwärtige Entrechtungspolitik wird bereits jetzt in Gesetze gegossen durch die Ampel-Regierung. So wurde Anfang 2024 das Rückführungsverbesserungsgesetz mit einer massiven Aushebelung von Grundrechten für Geflüchtete eingeführt – und das ohne eine AfD-Regierungsbeteiligung. Die CDU will laut ihrem Grundsatzprogramm massive Grundrechtseinschränkungen für Geflüchtete durchsetzen, wie beispielsweise Asylverfahren in Drittstaaten, was eine weitere Entrechtung zur Folge hätte. Zunehmend gerät derzeit das Kirchenasyl unter Druck, weil es von Ausländerbehörden gebrochen wird – auch dies ist die Folge dieses Paradigmenwechsels.

Auch die durch die sogenannte Zeitenwende mit Ausbruch des Ukraine-Krieges und schließlich des Krieges in Gaza eingeläutete ideologische Mobilisierung der Gesellschaft für den Kriegsfall sowie die vorangetriebene Aufrüstung und der durch die Digitalisierung ermöglichte technologische Innovationsschub sind autoritäre Entwicklungen, die ohne ein Zutun der AfD vonstatten gehen.

Diese Normalisierung rechter und menschenverachtender Positionen in der Mitte der Gesellschaft kommt auf den Demonstrationen gegen Rechts zu wenig zur Sprache, nicht weil es dort niemanden gibt, der oder die sie vertreten würde, sondern weil die meisten sich aus strategischen Gründen, um die anderen Demonstrierenden nicht zu verärgern, um keine Spaltung

---

3 Der Spiegel, 20.10.2023: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-ueber-migration-es-kommen-zu-viele-a-2d86d2ac-e55a-4b8f-9766-c7060c2dc38a>

und keinen Konflikt zu produzieren, Zurückhaltung in diesen Fragen auferlegen. So aber droht, dass hier letztlich, trotz allen guten Willens vieler Beteiligten, für den Erhalt des Regierungskurses demonstriert wird – nicht gegen die herrschende Politik, sondern mit ihr. Dies vollzieht sich nicht, weil es der Absicht aller TeilnehmerInnen entspräche unkritisch die Regierungsposition zu übernehmen, aber weil de facto die Regierenden von dieser Protestform profitieren können, indem sie sich dabei als moralisch überlegene Alternative zur AfD inszenieren können. Die Regierenden müssen sich dadurch nicht rechtfertigen als diejenigen, die bereits das politisch umsetzen, was die AfD durch reißerische Tabubrüche überhaupt erst öffentlich diskussionwürdig macht.

Diejenigen, die jetzt den Schulterschluss gegen die Politik der AfD eingehen und eine „offene Gesellschaft“ verteidigen, sind zugleich vielfach auch jene, die für einen modernisierten grünen Kapitalismus eintreten, als ein liberales Gesellschaftsmodell, das einen gegen die Krisen resilient machenden Fortschritt bejaht, ohne zu erkennen, dass dieser nur mit einem neuen Imperialismus einhergehen kann und die andauernde Zerstörung externalisiert weiter fortsetzt.<sup>4</sup> Wer für eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus zum Schutz des Klimas einsteht, jedoch die Konsequenzen eines auf Wachstum basierenden Wirtschaftssystems und den damit verbundenen enthemmten Extraktivismus (vor allem im globalen Süden) billigend in Kauf nimmt um die Grenzen des sich modernisierenden Kapitalismus auszuweiten, richtet den Maßstab eben nicht an der universalistischen Perspektive von Autonomie und Egalität für alle aus.

### **Und die Kirchen?**

Im Großen und Ganzen lässt sich sagen, dass die großen bundesdeutschen Kirchen die gesellschaftliche Entwicklung, wie sie von der Regierungskoalition vorgegeben wird, zu großen Teilen bejahen und aktiv mittragen – und damit einmal mehr beweisen, dass sie sich immer noch fest in der Mitte der Gesellschaft verankert fühlen, obwohl sie ihren Status als Volkskirchen längst eingebüßt haben, in eben jener Mitte, in der allerdings auch jede unheilvolle politische Entwicklung, den Faschismus eingeschlossen, ihren Ausgang nimmt. Statt aber zu versuchen eine prophetische und gesellschaftskritische Funktion hier auszufüllen oder zumindest eine internationale, im besten Sinne ökumenische Perspektive in die Diskussion einzubringen, wie dies Papst Franziskus immer wieder tut, hat man den Eindruck, dass die Kirchen auf ihre zunehmende Bedeutungslosigkeit damit reagieren, ihre gesellschaftliche Relevanz nachweisen zu wollen, indem sie jene Positionen übernehmen, die gerade politisch, gesellschaftlich und

---

4 Zeit der Ökologie, 2024: [https://inferno.noblogs.org/files/2024/01/Zeit\\_der\\_Oekologie-ADBH.pdf](https://inferno.noblogs.org/files/2024/01/Zeit_der_Oekologie-ADBH.pdf)

medial sowieso obenauf sind. So könnte man auch ihre nun sehr entschiedenen Aussagen gegen die AfD verstehen, während sie noch vor wenigen Jahren nicht bereit waren, der Normalisierung der Rechten, auch der AfD, in politischen und gesellschaftlichen Räumen etwas entgegenzusetzen, auch wenn deren Positionen auch damals schon menschenverachtend und offen rassistisch waren.<sup>5</sup>

Bei ihrer Frühjahrsvollversammlung im Februar 2024 in Augsburg haben die deutschen katholischen Bischöfe Stellung bezogen mit der Erklärung „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“<sup>6</sup>. Sie haben in der Erklärung völkischen Nationalismus klar und deutlich verurteilt, die Notwendigkeit einer Gemeinwohlorientierung unterstrichen und die Vielzahl der gesellschaftlichen Krisen benannt. Zugleich bleibt die Erklärung auf regierungsnaher Linie: Sie identifiziert vor allem die AfD als gesellschaftliches Hauptproblem, es gibt jedoch keinerlei Kritik an den sogenannten etablierten Parteien, in denen sich ja ebenso problematische rechte Positionen stark gemacht haben.

Zwar gibt es einen positiven Bezug auf die Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, was insofern überraschend ist, da Bewegungen auf der Straße sonst nie Bezugspunkte der Bischöfe sind, gleichzeitig wird jedoch auch hier nicht thematisiert, dass der vermeintliche Rechtsruck schon längst stattfindet in der Regierungspolitik. Insofern lehnen sich die katholischen Bischöfe, wie nicht anders zu erwarten, nicht zu weit aus dem Fenster, sondern sie bestätigen einmal mehr den Status quo, ohne ein Risiko des Konfliktes mit dem Staat einzugehen.

### **Messianische Existenz in apokalyptischen Zeiten**

Eine eigenständige politisch-theologische Positionierung wäre in der gegenwärtigen beunruhigenden Situation von neuen Zuspitzungen geopolitischer Konflikte und einer autoritären Formierung, die zunehmende Fragmentierung der Wirklichkeit mit ihrer Vielfachkrise in der Freiheit und Gleichheit unterdrückt werden zu erfassen, zu kritisieren und das mögliche Andere zum Bestehenden aufzuzeigen.

Eine solche Positionierung müsste an erster Stelle eine Möglichkeit finden, dem gegenwärtigen Katastrophismus etwas entgegenzuhalten, jener weit verbreiteten gesellschaftlichen Haltung, dass wir nun unweigerlich ins Zeitalter der Katastrophen eintreten. Die Konsequenzen einer solchen Position sind nämlich auf der einen Seite meist lähmend, weil sie Resignation nahelegt:

---

5 Die Teilnahme der AfD an Kirchen- und Katholikentagen war einige Jahre kirchlicher Konsens.

6 Erklärung der deutschen Bischöfe: Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar, 22.02.2024: [https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse\\_downloads/presse\\_2024/2024-023a-Anlage1-Pressebericht-Erklaerung-der-deutschen-Bischoefe.pdf](https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2024/2024-023a-Anlage1-Pressebericht-Erklaerung-der-deutschen-Bischoefe.pdf)

Angesichts der Überwältigung durch die katastrophalen Zustände könnte man nun nichts machen, sondern müsse sich darin einrichten, sich daran zu erfreuen, was das Leben bis dahin zu bieten hat und maximal noch persönliche Vorbereitungsmaßnahmen für sich und sein nächstes Umfeld im Sinne der Prävention treffen. Die andere Möglichkeit ist zu sagen, man wolle trotzdem etwas tun, an Protesten teilnehmen, um den Aufstieg der AfD zu verhindern, nachhaltiger konsumieren wegen der Klimakatastrophe etc, gebe sich aber nicht mehr der Illusion hin, dass dieses Handeln irgendwelche großen Effekte zeigen würde. Was man tut, tut man letztlich für sich, um Haltung und Moral zu beweisen, nicht weil man glaubt, damit zum Subjekt einer gesellschaftlichen und politischen Veränderung zu werden.

Subjektwerdung aber ist eine der entscheidenden Kategorien in der Politischen Theologie nach Johann Baptist Metz. Dass Menschen vor und durch den befreienden Gott zur Subjekten einer Universalen Solidarität werden können, ist die zentrale Überzeugung von Metz. Dieses Subjektsein aber ist immer und zu allen Zeiten umkämpft.<sup>7</sup> Die aktuellen globalen Entwicklungen und die Krise der liberalen Demokratie machen auch die Krise der Subjekte deutlich: Das bürgerliche Subjekt der Moderne mit seiner nationalstaatlichen Orientierung, seinem Fortschrittsoptimismus, Eurozentrismus und seiner Überzeugung, es sei dazu bestimmt, eine rationale Weltordnung nach dem Prinzip eines allgemeinen Guten einzurichten, scheint langsam abzudanken. Diese Einsicht mag uns beunruhigen, sollte uns aber nicht in Untergangsvisionen, Depression oder Resignation treiben. Vielmehr sollte sie uns dazu bewegen und motivieren, die Zeichen der Zeit besser zu verstehen, tiefgründiger zu analysieren, was heute als katastrophal zu kritisieren und abzulehnen wäre und wo inmitten von chaotischen Zustände, Orten entstehen, die uns ermöglichen uns gemeinsam zu orientieren und an Räumen und Möglichkeiten solidarischer Subjektwerdung zu arbeiten. Walter Benjamin schrieb in seinen geschichtsphilosophischen Thesen, die in dunklen Zeiten verfasst wurden, als der Faschismus über Europa hereinbrach, dass jedem Augenblick eine schwache messianische Kraft innewohnt<sup>8</sup>. Nach dieser Ausschau zu halten und daran festzuhalten, dass wir einen Beitrag leisten können, ihren Einbruch in diese katastrophische Welt zu ermöglichen, könnte eine Aufgabe von ChristInnen heute sein. Es würde bedeuten sich und sein Denken nicht in der Mitte der Gesellschaft zu verorten, die den gegenwärtigen Normalzustand zu erhalten sucht, sondern nach Menschen und Orten zu fragen, von denen dieser infrage gestellt werden kann.

Mit dem Unsichtbaren Komitee gesprochen ließe sich sagen:

---

7 Metz, Johann Baptist: Glaube in Geschichte und Gesellschaft. Studien zu einer praktischen Fundamentaltheologie (Gesammelte Schriften 3.1), Freiburg 2016, S. 83f.

8 Benjamin, Walter: Über den Begriff der Geschichte. In: Konersmann, Ralf (Hg.): Walter Benjamin. Kairos. Schriften zur Philosophie, S. 313–324. Frankfurt am Main 2007.

„So geht es nicht darum, zu WÄHLEN:

*hoffnungslos jetzt handeln*                      *ODER*                      *hoffnungslos auf später warten.*“<sup>9</sup>

Es geht jetzt also darum nach denen zu suchen, die die Logik des Ausnahmezustands, in dem alles möglich ist und jederzeit neues Unheil über uns hereinbrechen kann, so ablehnen, dass sie nicht die Rückkehr zur Normalität einfordern, sondern die Ausnahme von der Ausnahme, jenen Moment also, in dem das Messianische neuer solidarischer Beziehungen von Subjekten untereinander aufscheinen kann. Im Hinblick darauf diesem Zustand ein wenig näher zu kommen haben wir jedoch von der herrschenden Politik wie von den meisten VerteidigerInnen des Normalzustandes der westlichen liberalen Demokratien wenig zu erwarten. Wir müssen uns vielmehr selber auf den Weg machen, gemeinsam mit denen, die diese Vision teilen, ohne dabei auf die Massen zu setzen.

---

9 Unsichtbares Komitee: Der kommende Aufstand, Hamburg 2010, S. 119.